

**FORDERUNGEN  
DER KPÖ ...**

**... ZUR BEWÄLTIGUNG  
DER FINANZKRISE**

- **Überführung der Banken und Versicherungskonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle.** Der Banken- und der Versicherungssektor muss endlich wieder auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden.
- **Beschränkung der Manager-Gehälter** in Banken und Versicherungen
- Öffentliches Geld darf nur im Tausch gegen **öffentliche Eigentumsrechte** freigegeben werden. Der Staat erhält mit jedem Euro Steuergeld voll stimmrechtsfähige Aktien.
- Wiedereinführung von **Kapitalverkehrskontrollen**
- **Verbot spekulativer Finanzgeschäfte**
- **Wiedereinführung** einer eigenständigen Währungspolitik und des österreichischen Schilling.
- **Schluss mit** der Unterstützung von Aktienkäufen und von **kapitalgedeckten Altersvorsorgemodellen (private Pensionsfonds)** aus Steuermitteln. Dafür Ausbau der staatlichen Unterstützung bei freiwilliger Höher- und Weiterversicherung im **staatlichen Umlagepensionssystem**
- Wiedereinführung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer bei großen Vermögen
- Steuergeld muss in erster Linie dafür verwendet werden, die **Kaufkraft der Bevölkerung** zu stärken und die Wirtschaft zu beleben. In diesem Zusammenhang fordert die KPÖ ein staatliches **Wohnbauprogramm** zur Schaffung von leistbarem Wohnraum in öffentlichem Besitz.

DAS SYSTEM DES KAPITALISMUS IST GESCHEITERT –

# Jetzt plündern die

Spuren der Verwüstung zieht die neoliberale Politik der letzten Jahre nach sich, während die Profiteure von Spekulationsgewinnen und Riesen-Renditen ihre Schäfchen längst im Trockenen wissen. Ihr letzter Akt: die Plünderung der Staatskassen im Namen der großen Bankenkonzerne.

Von einem verantwortungslosen „Milliarden-Basar“ berichteten die Medien, als in den letzten Tagen des Wahlkampfes einige längst überfällige soziale Reformen den Nationalrat passierten.

**2,7 Milliarden für das Volk...**

Die Neuregelungen, von Pensionserhöhungen über eine Senkung der Mehrwertsteuer für Medikamente, die 13. Familienbeihilfe bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren machten insgesamt 2,7 Milliarden Euro aus.

**...100 Milliarden für die Banken**

Dann kam die Bankenkrise, und plötzlich war alles anders: Einhellig wie selten zuvor beschlossen die Parlamentsparteien binnen kürzester Zeit ein Hilfspaket des österreichischen Staates für die Banken im Ausmaß von 100 Milliarden Euro – zusätzlich zur Einlagensicherung, die für sich allein genommen bereits 175 Milliarden Euro ausmacht.

**Wo das Geld geblieben ist**

Die Februar-Ausgabe des Magazins „Trend“ legte offen, wie sich das Einkommen der Bestverdienenden auf unserem Erdball 2007 verteilte. Die ersten vier Ränge wurden von Hedgefondsmanagern eingenommen. So verdiente allein

sierte Erste-Bank-Chef Andreas Treichl im vorletzten Jahr rund fünf Millionen Euro, Siegfried F. Wolf, Chef von Magna Europa, verdiente im Vorjahr geschätzte 9 Millionen. Boris Nemsic, Chef der Telekom Austria, genehmigte sich 2007 eine mehr als 100%ige Gehaltserhöhung.

Angesichts der genannten Zahlen und der jüngsten Kündigungswellen erscheint die Äußerung Herbert Stepics, Chef von Raiffeisen International: „...die Gehälter macht der Markt, und sie werden

der amerikanische Hedgefondsmanager John Paulson 2,7 Milliarden Dollar. Ein Drittel aller Gewinne der amerikanischen Volkswirtschaft wurde in den letzten Jahren von der Finanzindustrie kassiert.

Doch diese Auswüchse sind kein rein amerikanisches Phänomen. In Österreich kas-



Wenige Tage vor ihrer Pleite gönnten Lehman Brothers ihren Spitzenworte am 15. 9. 2008, dem Tag der Bankrotterklärung aufgenommen